

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Winternotprogramm 2021/2022: Statt Unsummen für Securities braucht es einen niedrigschwelligen, dezentralen und ganztägigen Schutz vor Corona und Kälte!

Die anhaltende Corona-Pandemie und die weitaus ansteckendere Delta-Variante stellen obdachlose Menschen auch in diesem Winter vor besondere Herausforderungen und Risiken. Für obdachlose Menschen geht es neben dem Schutz vor Kälte und Erfrierung auch um den Schutz vor einer Corona-Infektion. Kontaktreduzierung und der Rückzug in die eigene Wohnung sind für obdachlose Menschen nicht möglich. Gleichzeitig leiden obdachlose Menschen häufig an aus ihrer Lebenslage resultierenden Mehrfacherkrankungen und gehören damit zu einer der besonders schutzbedürftigen vulnerablen Gruppe. Vor diesem Hintergrund waren die Verlängerung des Winternotprogramms 2019/2020 als Notunterbringungs- und Versorgungsprogramm bis in die Sommermonate 2021, die dezentralen Impfangebote für Menschen ohne festen Wohnsitz sowie die wenigen Einzelzimmer, die nach Monaten der Pandemie für psychisch Kranke zur Verfügung gestellt wurden, wichtig, aber nicht ausreichend.

Sowohl das Winternotprogramm als auch das Notunterbringungs- und Versorgungsprogramm sehen nur eine Übernachtungsmöglichkeit vor, die die Nutzer:innen tagsüber – auch bei deutlichen Minustemperaturen – wieder verlassen müssen. Die Unterbringung findet zudem in Mehrbettzimmern statt, sodass das Einhalten von Abstandsregeln und die Reduzierung von Kontakten auch bei „lockerer“ Belegung nicht möglich sind. Für viele Betroffene ist wohl deshalb der Corona-Ausbruch im April 2021 in der Unterkunft Friesenstraße, in dessen Folge sich 42 Personen infizierten und 150 Nutzer:innen in Quarantäne mussten, wenig überraschend. Besonders tragisch: 13 obdachlose Menschen sind im Corona-Winter auf Hamburgs Straßen verstorben. Denn viele Betroffene haben aus Angst vor Ansteckung und mangelnden Rückzugsmöglichkeiten lieber auf der Straße genächtigt, statt die Unterkünfte des Winternotprogramms aufzusuchen. Darüber hinaus fallen für viele Betroffene prekäre Mitwohnmöglichkeiten bei Bekannten oder Freunden weg. Denn aufgrund der aktuellen Corona-Lage schwindet oftmals die Bereitschaft, jemanden bei sich übernachten zu lassen, davon betroffen sind häufig Frauen und junge Wohnungslose. Wieder andere suchen die Unterkünfte nicht auf, weil sie ihren Hund nicht mit in die Einrichtungen nehmen können.

Laut einer Schriftlichen Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Drs. 22/4634) hat die Stadt im letzten Winternotprogramm monatlich 700.000 Euro für Sicherheitsdienste ausgegeben. Statt Unsummen für Sicherheitsdienste zu bezahlen, sollten diese Kosten besser in alternative Unterbringungsmöglichkeiten investiert werden. Sowohl die spendenfinanzierte Hotelunterbringung von „Hinz&Kunzt“, der Diakonie und Alimaus, als auch die städtische Einzelzimmerunterbringung in der Eiffestraße haben gezeigt, dass der eigene Rückzugsraum stabilisiert und neue Perspektiven eröffnet. Diese Form der Unterbringung – dezentral, niedrigschwellig, ganztägig und in Einzelzimmern – sollte deshalb wegweisend für das kommende Winternotprogramm sein.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. sicherzustellen, dass das Winternotprogramm 2021/2022 auch in diesem Winter allen obdachlosen Menschen Schutz vor Kälte und Corona bietet,
2. die Unterkünfte ganztägig zu öffnen,
3. die Unterbringung dezentral und in Einzelzimmern zu garantieren. Hierfür sind notfalls Zimmer in Hotels, Pensionen oder Jugendherbergen anzumieten,
4. den Zugang anonym und voraussetzungslos zu gewährleisten. Ungeachtet der Herkunft der Hilfesuchenden muss weiterhin die Niedrigschwelligkeit gewahrt bleiben und jede:r Hilfebedürftige einen Übernachtungsplatz erhalten. Auf eine Mitwirkungs- und Meldepflicht sowie auf eine Übermittlung der Daten der Schutzsuchenden an andere Behörden ist zu verzichten,
5. zusätzliche Mittel für aufsuchende Sozialarbeit bereitzustellen, um so eine sozialarbeiterische Begleitung der Schutzsuchenden sicherzustellen,
6. die substandardisierte Wärmestube nicht als Teil des Winternotprogramms zu betrachten und keine Verweise hierhin auszusprechen,
7. auch Plätze für Menschen mit Hunden anzubieten,
8. der Bürgerschaft über den Stand der Umsetzung zum 31.12.2021 und dann fortlaufend zu berichten.